ANA 27.1.24

Missbrauch in Kirche: Konsequenzen gefordert

Nach der Vorstellung der EKD-Studie mahnen Politiker und Betroffenenverbände Folgen an

Hannover. Die Vorstellung der Studie zu sexualisierter Gewalt in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat Kritik am Vorgehen und Forderungen nach Konsequenzen hervorgerufen. „Es ist deutlich geworden, dass es in der evangelischen Kirche mehr noch als in der katholischen Kirche oder etwa im Sport an Strukturen mangelt, um die sexuelle Gewalt aufzuarbeiten", sagte die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, am Freitag der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. Dass dies so lange gedauert habe, sei „vor allem für die Betroffenen bitter".

Mindestens 2225 Betroffene und 1259 mutmaßliche Täter hatte die EKD-Untersuchung dokumentiert. Von der „Spitze der Spitze des Eisbergs" sprach Studienleiter Martin Wazlawik von der Hochschule Hannover. Dabei sei die Frage nach Entschädigungen nicht ausreichend beantwortet, kritisierte Kerstin Claus. „Es darf nicht sein, dass Betroffene selbst Beträge nennen und die Entschädigungen aushandeln sollen", sagte sie.

Die Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch" monierte, die Studie werfe „mehr Fragen auf, als sie beantworten kann". In einer Mitteilung hieß es weiter: „Offenbar war die EKD nicht bereit oder in der Lage, umfassenden Zugang zu den Personalakten zu gewähren. Werden wir jetzt weitere Jahre warten müssen?"

Die ermittelten Fallzahlen basieren auf Akten der Landeskirchen und der Diakonie. Die Wissenschaftler konnten aber nicht alle Personalakten der Pfarrer und Diakone auswerten, sondern vor allem die Disziplinarakten. – dpa